



„Der härteste aller Haushalte“

Das Parlament zurrt jetzt den Bundesetat 2024 fest.
Eine Handvoll Abgeordneter entscheidet,
wer wie viel Geld wofür ausgeben darf. Ein Privileg?
Gerade eher eine Bürde

TEXT
Christian Ramthun

Hinter dem Schreibtisch hängt ein Baseballschläger aus Holz. Er ist zum Greifen nah. Will er damit zuschlagen, draufhauen, sich wehren, als letztes Mittel bei den laufenden Verhandlungen im Haushaltsausschuss? Otto Fricke guckt über die Schulter. Nein, nein, Baseball sei nur eine Leidenschaft. Ein Sport, bei dem man auch viel rechnen müsse. Ein Zahlensport. Für Zahlenmenschen wie ihn.

Mit Zahlen hat Fricke in diesen Wochen zur Genüge zu tun. Genau genommen mit einer sehr großen: 446 Milliarden Euro. So umfangreich ist der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2024, den er gerade im Bundestag als haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion verhandelt. Und streng genommen gehören noch weitere 70 Milliarden dazu: Sie stehen an Zusatzwünschen und Forderungen im Raum. Regierungsmitglieder von Familienministerin Lisa Paus (Grüne) über Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) bis Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) haben sie angemeldet.

Allerdings legt sich Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) quer. Bis

heute. Und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) steht an seiner Seite. Bis heute. Doch aufgegeben haben die Parteipolitiker ihre ausufernden Ausgabenpläne deshalb noch keineswegs. Im Bundestag versucht gerade jeder Minister, jede Fraktion, jede Interessengruppe, noch Milliarden für eigene Vorhaben loszueisen.

In diesen Tagen beginnt das große Finale. Es ist das umkämpfteste seit Jahren.

DAS KÖNIGSRECHT

Laut Verfassung entscheidet der Bundestag über den Bundesetat – nicht der Bundeskanzler, auch nicht der Finanzminister. Die Regierung erarbeitet lediglich einen Vorschlag. Vom „Königsrecht des Parlaments“ schwärmen Haushaltspolitiker wie Fricke gerne.

Im Reichstag werden die 45 Mitglieder des Haushaltsausschusses dieser Tage besonders respektvoll bis schmeichlerisch begrüßt. Seit September beraten sie über jeden Einzeletat, lassen jeden Minister, jede Ministerin vortanzen und sich die einzelnen Ausgabenpositionen erklären. Selbstbewusste Kraftpakete wie Pistorius müssen genauso wie notorische Gutmenschen vom Schlage Paus brav die Fragen beantworten. Poltern, protestieren oder

lamentieren ist zwecklos. Die Haushälter sitzen am längeren Hebel. Nüchtern gehen sie den 1364 Seiten starken Gesetzentwurf durch, heben oder senken den Daumen über die jeweiligen Etatposten.

Aber auch die Bundestagsabgeordneten sind nicht allmächtig. Über ihnen steht das Grundgesetz. Das erlaubt fürs kommende Jahr nur eine Nettoneuverschuldung des Bundes von maximal 22 Milliarden Euro.

Selbst die herbstliche Steuerschätzung eröffnet diesmal keine zusätzlichen Spielräume. Weil die Wirtschaft schwächelt, dürfte sich das Steueraufkommen bescheiden entwickeln. Mit leerem Beutel könnten eben nur Kängurus große Sprünge machen, lautet ein Kalauer der Haushälter.

So lustig ist die Realität leider nicht. Immer mehr Ausgaben prasseln auf den Bund ein. In den ersten neun Monaten kamen 73 Prozent mehr Asylbewerber ins Land als im Vorjahreszeitraum. Das kostet Milliarden an Unterbringungs- und Versorgungskosten. Am Montag rangen die 16 Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Scholz über die Lastenverteilung. Allein im ersten Halbjahr 2024 will der Bund 1,75 Milliarden Euro übernehmen. Ins Kontor schlägt auch der russische An- ▶

griffskrieg, die Krise im Nahen Osten ist noch gar nicht im Bundesetat darstellbar.

Das also ist die Lage: Begrenzte Mittel bei steigendem Ausgabendruck, das verschärft zwangsläufig den politischen Verteilungskampf. Der Etat für 2024 „ist der wirklich härteste Haushalt“, sagt Chefhaushälter Fricke.

LINDNERS WICHTIGSTER MANN

Fricke ist der Mann der Stunde bei den Liberalen. Der Anwalt aus Krefeld ist der dienstälteste FDP-Abgeordnete im Bundestag. Das erste Mal wurde Fricke 2002 in den Bundestag gewählt, von 2005 bis 2009 war er Vorsitzender des Haushaltsausschusses. 2013 musste er nach der Abwahl die FDP-Fraktion abwickeln, 2017 gelang der Wiedereinzug ins Parlament.

Jetzt ist der 57-Jährige der mächtigste Haushaltspolitiker der FDP. Zusammen mit Dennis Rohde (SPD) und Sven-Christian Kindler (Grüne) verhandelt Fricke federführend die Interessen der Regierungsfractionen. Gegen die drei läuft im Bundeshaushalt nichts.

In diesem Triumvirat ist Fricke die fleischgewordene Schuldenbremse. „Und das Schöne ist: Jeder weiß das.“ Hinter ihm hängt der Baseballschläger lässig an der Wand. „In diesem Jahr gibt es keine anstrengungslose Neuverschuldung mehr.“ Jede Mehrausgabe beim Bürgergeld (SPD-Herzenswunsch) oder jede steuerliche Mindereinnahme (FDP-Herzenswunsch) muss an anderer Stelle gegenfinanziert werden.

Trotzdem haben die Abgeordneten aller Fraktionen immer jede Menge Wünsche. „1000 Änderungsanträge haben wir vor einem Jahr beschlossen“, sagt der Liberale. Allein von den drei Koalitionsfraktionen. Weitere rund 500 Anträge der Opposition hätten die Haushälter mit Koalitionsmehrheit abgelehnt.

Noch horchen Fricke, Rohde und Kindler in ihre Fraktionen hinein, sammeln Wünsche und Forderungen, beraten sich mit den anderen Mitgliedern des Haushaltsausschusses, die jeweils ein Ministerium unter die Lupe nehmen. Nächste Woche, am 16. November, kommt es zum Showdown. Dann findet die sogenannte Bereinigungssitzung statt. In ihrem Sitzungssaal 2.400 bitten die Haushälter jeden Minister noch einmal einzeln zum abschließenden Gespräch. Fricke deutet auf ein Bild neben seiner Bürotür.



Otto Fricke (FDP) garantiert: An der Schuldenbremse wird nicht geschraubt



Bettina Hagedorn (SPD) beruhigt: Lasst die Tassen im Schrank



Sebastian Schäfer (Grüne) wünscht sich was: mehr Investitionen

Darauf steht in großen Lettern: „Tretet ein, lasset alle Hoffnung fahren.“ Ein früherer Haushälter habe das mal zu besonders ausgabenfreudigen Ministern gesagt. Ein fröhlich-rheinisches Lächeln gräbt sich ins Gesicht: „Gilt heute mehr denn je.“

Es wird ein Machtspiel. Manche Minister müssen stundenlang warten, bis sie an der Reihe sind. Vor zwei Uhr in der Früh enden diese Sitzungen nie. Kommende Woche dürfte es eher noch später werden. Aber dafür gibt es Servierwägelchen mit Schnittchen und Getränken. Auf die legendäre Bierzapfanlage des Haushaltsausschusses müssen die Nachtarbeiter dagegen diesmal verzichten: Sie wurde abgeklemt, zu aufwendig war der Unterhalt. Man muss schließlich sparen.

DIE DIENSTÄLTESTE

Sparen? In einem Punkt muss SPD-Haushälterin Bettina Hagedorn gleich ihrem „sehr geschätzten Kollegen“ Fricke widersprechen. „Der 24er-Bundeshaushalt ist hart, aber nicht der härteste.“

Nein, die „brutalsten“ Etatgespräche hätten die Haushälter in den Jahren 2002 bis 2005 führen müssen. Fünf Millionen Arbeitslose hätten damals die Sozialkassen aufs Äußerste angespannt, eine Zinslast von jährlich 40 Milliarden Euro habe jeden Handlungsspielraum unterdrückt. Heute steigen die Zinsausgaben des Bundes zwar auch wieder auf 40 Milliarden Euro – aber vor 20 Jahren betrug die Etats erst um die 250 Milliarden Euro, gut die Hälfte der heutigen Volumina.

Damals habe Deutschland „wirklich mit dem Rücken zur Wand gestanden“, erinnert Hagedorn, galt das einstige Wirtschaftswunderland als kranker Mann Europas. Heute dagegen herrschten Fachkräftemangel und Beschäftigungsrekorde. „Die Lage ist viel besser, als sie die Union verantwortungslos herunterredet.“ Ein kleiner Seitenhieb auf die oppositionellen CDU- und CSU-Abgeordneten.

Die Genossin aus Ostholstein ist stolz, dienstälteste Haushälterin im Hohen Haus zu sein. Mit ihrer historischen Einordnung relativiert SPD-Fachfrau die aktuellen Haushaltssorgen, zumindest ein bisschen.

Das tut gut in einer Zeit, in der Politiker meinen, alle Probleme dieser Welt gleich und sofort lösen zu müssen (weil sonst morgen die Welt untergeht). Einmal kurz innehalten und durchatmen. Und

dann gewichten, abwägen und priorisieren. Das gilt auch und gerade für den Bundesetat. „Jeder Haushalt ist in einer Demokratie angesichts begrenzter Mittel immer ein Kompromiss“, sagt Hagedorn.

2002 wurde sie erstmals in den Bundestag gewählt – wie Fricke zwar, aber der musste ja von 2013 bis 2017 wie die gesamte FDP-Fraktion eine parlamentarische Zwangspause einlegen. Als Olaf Scholz 2018 Bundesfinanzminister wurde, holte er die Genossin als Parlamentarische Staatssekretärin an seine Seite, natürlich zuständig auch für Etatfragen. Nun sitzt sie wieder im mächtigen Haushaltsausschuss.

Rund 85 bis 90 Prozent der Ausgaben sind allerdings auch für die Haushälter mehr oder weniger tabu, weil gesetzlich fixiert. Etwa der Rentenzuschuß von inzwischen 112 Milliarden Euro, der ein Viertel des Bundesetats ausmacht. Das schränkt den Handlungsspielraum weiter ein.

Trotzdem steht Hagedorn heute „zu 100 Prozent“ hinter der Schuldenbremse, die ja auch in der Verfassung steht. „Schulden gibt es nicht zum Nulltarif, sie müssen samt Zinsen von den nächsten Generationen zurückgezahlt werden und schränken deren politischen Handlungsspielraum ein. Das möchte ich nicht.“ Mit dieser Haltung ist sie in der SPD bei allen nicht beliebt, weiß Hagedorn. Respekt reicht ihr.

Dennoch hält die Haushälterin es für legitim und richtig, die Schuldenbremse nach 14 Jahren „für die Zukunft“ zu hinterfragen und „möglicherweise um eine Sonderregelung für investive Zukunftsausgaben zu ergänzen“.

Noch deutlicher und drängender wird das SPD-Präsidium am vorigen Montag. In einem Leitartikel für den Parteitag im Dezember heißt es, die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form sei „ein Standort- und Wohlstandsrisiko für Deutschland geworden“.

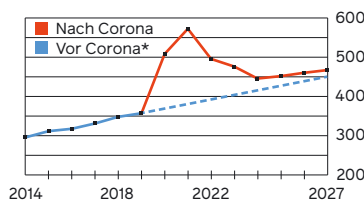
DER NACHDENKLICHE NOVIZE

Um die leidigen Schulden geht es auch an einem verregneten Novembermorgen im Berliner Regierungsviertel, da sind es noch acht Tage bis zur Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses. Für acht Uhr hat die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zum politischen Frühstück eingeladen. Thema: Brauchen wir die Schuldenbremse? Professor Niklas Potrafke vom Münchner ifo Institut hat weltweit

112

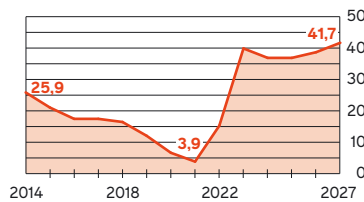
MILLIARDEN EURO
muss der Bund allein als
Rentenzuschuß zahlen –
ein Viertel des Gesamtetats

ZURÜCK ZUR AUSGABENDISZIPLIN
Entwicklung des Bundeshaushalts
(in Milliarden Euro)



* inkl. Trend bis 2027;
Quelle: BMF, Regierungsentwurf

WIEDER RAUF MIT DEN ZINSKOSTEN
Ausgaben des Bundes
(in Milliarden Euro)



Quelle:
BMF, Regierungsentwurf

60

MILLIARDEN EURO
will der Bund 2024 mehr
ausgeben, als er vor Corona
einmal geplant hatte

Fiskalregeln ausgewertet. Sein Resümee: Länder, Bundesstaaten und Gemeinden fahren deutlich besser, wenn sie Schuldenbremsen einhalten, sie zahlen im Schnitt 1,5 Prozentpunkte weniger Schuldzinsen. Zufrieden löffeln die Liberalen und Ordnungspolitiker im Raum ihr Frühstücksei.

Auftritt Sebastian Schäfer. Der Grüne hält eine Ja-aber-Replik. Der 44-jährige Esslinger vertritt die Regierungsfraktion, die am meisten mit der Schuldenbremse fremdelt. Ja: Grundsätzlich sei er für staatliche Ausgabendisziplin. Aber: Kurzfristig sei ein erneutes Aussetzen der Schuldenbremse nötig. Und langfristig eine Modifizierung um eine Investitionskomponente.

Hinter Schäfer leuchtet auf der Leinwand noch immer Potrafkes Fazit: „Fiskalregeln erhalten und einhalten!“

Doch hält Deutschland wirklich die Regeln ein? In einer apokalyptischen Abrechnung warnte der Bundesrechnungshof zu Beginn der Haushaltsaufstellung vor einem „Kontrollverlust bei den Bundesfinanzen“. Wegen der Coronakrise und dem russischen Krieg in der Ukraine „erhöht sich der Schuldenberg dramatisch“.

Besonders empört die Rechnungsprüfer aus Bonn die „Flucht in Sondervermögen“. 100 Milliarden Euro Kreditermächtigungen erhielt im vorigen Jahr das Sondervermögen Bundeswehr. 200 Milliarden Euro wurden dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) als Schutzschirm gegen die Energiekrise zugebilligt. Und 60 Milliarden Euro schlug die Ampelregierung in einer Nacht-und-Nebel-Aktion dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) aus unverbrauchten Coronamitteln zu.

Zumindest über die 60 Milliarden des KTF wird es kommenden Mittwoch höchstrichterliche Klarheit geben. Ausgerechnet einen Tag vor der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses entscheidet das Bundesverfassungsgericht über die Rechtmäßigkeit. Halten die Karlsruher Richter das milliardenschwere Hütchenspiel für verfassungswidrig, dann gilt Alarmstufe Rot im Berliner Regierungsviertel. Dann werden die Grünen mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck an der Spitze versuchen, sich die Milliarden für ihre Klimaprojekte aus dem regulären Bundesetat zu holen.

Dann muss FDP-Chefhaushälter Fricke seinen Baseballschläger womöglich doch noch von der Wand nehmen, um für Haushaltsdisziplin zu sorgen. ■

